

In der neuen Studie «Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe» des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern belegt unter anderem der Basler Ökonom Christoph Schaltegger den in der Schweiz existierenden Public-Private-Pay-Gap. Dessen Existenz zeigt auf, dass bei Arbeitskräften mit gleichen Merkmalen, das heisst mit gleichem Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund, Pensum etc. eine signifikante Lohndifferenz zwischen den Löhnen beim Staat und den Löhnen in der Privatwirtschaft bestehen. Die Studie kommt zum Schluss, dass Angestellte der Bundesverwaltung im Schnitt 11,6 Prozent mehr verdienen als ihre «statistischen Zwillinge» in der Privatwirtschaft. In den Kantonsverwaltungen liegt die Differenz laut Studie bei 4,3 Prozent.

In einem Interview mit der BaZ vom 9. Februar 2023 (<https://www.bazonline.ch/hallo-planwirtschaft-einflussreicher-oekonom-kritisiert-staatliche-dominanz-667310725066>) bezeichnet Christophe Schaltegger diesen unbegründeten Lohnunterschied als eine zentrale Ursache für den Fachkräftemangel. Dieser existiere vor allem bei den KMU, wie er im Interview betont. Denn die KMU können nicht mit den Löhnen in der Verwaltung mithalten, was die Arbeitskräfte von der Privatwirtschaft hin zur Verwaltung verschiebe. Weil der Staat kaum durch Budgetrestriktionen beschränkt sei und dadurch kaum Effizienzreize bestünden, sässe der Staat gegenüber der Privatwirtschaft am längeren Hebel. Damit könne systematisch mit hohen Löhnen um die besten Arbeitskräfte geworben werden. Dies verzerrt laut Christoph Schaltegger den Wettbewerb.

Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Public-Private-Pay-Gap im Kanton Basel-Stadt?
2. Wie ordnet der Regierungsrat die Schlussfolgerung der Studie ein, die besagt, dass die hohen Löhne des Staats starken Druck auf die Privatwirtschaft ausüben?
3. Sieht der Regierungsrat darin ebenfalls einen Grund für den Fachkräftemangel?
 - a. Wenn ja, welche Lösungsansätze sieht der Regierungsrat?
 - b. Wenn nicht, warum nicht?

Studie: Blümel F. & Portmann M., Schaltegger C. (2023). Lohnprämie für Staatsangestellte: Verwaltungslöhne unter der Lupe. IWP Policy Papers. <https://admin.iwp.swiss/wp-content/uploads/2023/02/Lohnanalyse-oeffentliche-Verwaltung-IWP-Policy-Paper-2023.pdf>

Nicole Strahm-Lavanchy